

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der  Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorschick in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Bezugspreis: monatlich 1 M. einjährl.
Druckerslohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 6 gespaltene
Zeilenzeile oder deren Raum 30 Pfg.
Reklamezeile 100 Pfg.

M 8

Samstag den 17. Januar 1920

Verlagsnummer:
Frankfurt (Main) Nr. 1171

14. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 22.

Die Interalliierte Kommission der Rheingebiete, der vom französischen Hohen Kommissariat ein Memorandum betreffs der evtl. Aufhebung des Kohlenvertrages von der Saar nach den Rheinlanden vorgelegt wurde, beschließt, daß die hier untenstehende Note dem deutschen Publikum durch die Presse der besetzten Gebiete bekannt gegeben werden soll:

„Der Interalliierten Kommission der Rheingebiete wurde die Mitteilung gemacht, daß, wenn die Kohlenlieferungen, die laut den Bestimmungen des Friedensvertrages Frankreich zukommen, nicht stärker und häufiger werden, die französische Regierung sich gezwungen sehe, die Kohlenlieferungen der Saar, die zur Verproviantierung des südlichen Teiles der besetzten Gebiete bestimmt sind, aufzuheben. Diese Sendungen würden in einem verhältnismäßigen Sinne und auf das Verprechen der deutschen Regierung hin, sich ernstlich darum zu bemühen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wiederhergestellt. Da diese Verpflichtungen aber nicht gehalten worden sind, so kann die Verantwortung der Aufhebung der von der Saar ausgehenden Kohlenlieferungen nicht auf den Behörden der alliierten und assoziierten Mächte ruhen.“

A. L. der Kommission:
Die Interalliierten Sekretäre.

Nr. 186/2.

Bour copie conforme:
Wiesbaden, den 12. Januar 1920.
Le Commandant de l'occupation,
Kreisleitender der Hohen Interalliierten Kommission für den
Landkreis Wiesbaden.

Nr. 23.

Hohes Interalliierte Kommission.
Der Kreisleitende für den Landkreis Wiesbaden.
Wiesbaden, den 10. Januar 1920.

Bekanntmachung.

Die Hohen Interalliierte Kommission des Rheinlandes (im Beauftrag durch die deutschen Behörden eingesetzten) hat nach Genehmigung zur Anwendung im besetzten Gebiete des deutschen Reiches vom 26. Juli 1918 betr. Alkohol-Monopol entschieden, daß die gegen die Anwendung dieses Gesetzes nicht einzuwenden hat, unter dem Vorbehalt, daß die Bestimmungen des Verfallers Friedensvertrages, besonders die von Artikel 209 dieses Vertrages eingehalten werden.

Jedenfalls darf dieser Entschluß keine Rückwirkung auf dessen Datum haben.

Le Commandant de l'occupation.

Kreisleitender der Hohen Interalliierten Kommission für den
Landkreis Wiesbaden

Nr. 24.

Hohes Interalliierte Kommission.
Der Kreisleitende für den Landkreis Wiesbaden.
Wiesbaden, den 9. Januar 1920.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals der französischen Rheinarmee ist die Einfuhr sowie der Verkauf des Bieres: „Reine Bière aus der Fremdenregion“ gez. O. Rühnen, Verlag, von Wilhelm Köhler zu Minden in Westfalen, dauernd untersagt.

Le Commandant de l'occupation.

Kreisleitender der Hohen Interalliierten Kommission für den
Landkreis Wiesbaden.

Nr. 25.

Dem Herrn Regierungspräsidenten hier sind als Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge im besetzten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden die weiteren Nummern 1 T 4401 bis 4500 und 5801 bis 6000 überwiesen worden.

Wiesbaden, den 9. Januar 1920.

Der Landrat. A. B. Schmitt.

Nr. 26.

Die Beihilfe des Stabschefs-Stellvertreters des Stabschefs des Rheinlandes sind dem Bürgermeister Kahl da elst übertragen worden.

Wiesbaden, den 14. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 27.

Im Landkreis Wiesbaden hatte die Viehzählung am 1. d. Mts. folgendes Ergebnis: 2606 Pferde, 7262 Stüd Rindvieh, 1114 Schafe, 7094 Schweine, 7011 Ziegen, 9086 Kaninchen, 38923 Stüd Geflügel.

Wiesbaden, den 30. Dezember 1919.

Der Landrat.

Nr. 28.

Bekanntmachung.

betr. Personenstandsaufnahme für die Reichssteuerveranlagung 1920.

Durch Erlass des Herrn Reichsfinanzministers vom 15. Dez. 1919 ist für die Reichssteuerveranlagung für 1920 eine Personenstandsaufnahme nach dem Stande am 1. Januar 1920 angeordnet worden.

Für die Personenstandsaufnahme kommen die §§ 23 und 74 des Einkommensteuergesetzes vom 10. Juni 1906 in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juni 1907 in Anwendung.

Die Personenstandsaufnahme hat durch Wohnungslisten zu erfolgen.

Die Stogisterei und die Gemeindevorstände haben jedem Bewohner eines bewohnten Grundstückes oder seinem Stellvertreter die erforderliche Anzahl von Wohnungslisten (Muster 1) nebst einer Bezeichnung (Muster 2) zuzustellen.

Die mit dem Einkommen der Listen beauftragten Personen haben genau festzustellen, ob für sämtliche Haushaltungen Listen

ausgefüllt sind und a. B. die Ergänzung und Berichtigung der Listen an Ort und Stelle sofort zu veranlassen.

Nach Eingang der Listen sind die Personenverzeichnisse (Muster 3) sofort in alphabetischer Reihenfolge der Steuerpflichtigen aufzustellen und die aufgestellten Verzeichnisse bis spätestens zum 10. Februar ds. Js. dem unterzeichneten Staatssteueramt einzureichen.

Die für die Personenstandsaufnahme vorgeschriebenen Formulare können von der Kreisblatt-Druckerei G. Zeidler in Biebrich bezogen werden. Der erforderliche Bedarf ist a. B. umgehend dort anzumelden.

Soweit noch Formulare für die Personenstandsaufnahme nach den früheren Mustern vorhanden sind, können diese Verwendung finden.

Wiesbaden, den 14. Januar 1920.

Staatssteueramt Wiesbaden.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

13. Berlin, 14. Januar. Der Minister der öffentlichen Arbeiten gab gestern folgende Weisung an alle Eisenbahndirektoren: Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel darüber, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Sozialisten vorbereitet wurde. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen unbedingt notwendig. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen, sich gegenwärtig bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere den Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Alle Anordnungen zu diesem Zweck sind ohne jeden Zeitverlust an die Beamten und Dienststellen zu ergreifen. Die Anordnungen und die Dienststellenverordnungen haben sich persönlich für die glatte Durchführung der Anordnungen einzusetzen. Die Beamtenverbände haben ihre Mitglieder in gleichen Sinne aufzurufen, um die staatliche Ordnung und die Lebensmittellieferung aufrechtzuerhalten. Es darf nicht geduldet werden, daß ungesittete Elemente das Verkehrsnetz zerstören und dadurch namentlich das Leben der weitesten Volksschichten bedrohen.

Leitende der Reichskommission.

Berlin. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers trat gestern die ständige Reichskommission zu einer Gesamtsitzung zusammen. Das Ergebnis der Sitzung war die Aufstellung einer Reihe von Beschlüssen, die zur Gesundung der Reichsfinanzen führen sollen. Die Kommission war der Ansicht, daß alle Kuriositäten verdrängt werden müssen, daß an den bestehenden Einnahmeverbänden für alle Halb- und Fertigfabrikate festgehalten und die Wiedereinführung eines Einfuhrverbots auch für Textilrohstoffe vorgenommen werden soll. Den Gedanken einer grundsätzlichen Preisprüfung bei Bewilligung von Ausfuhrerträgen billigte die Kommission, lehnte aber die vielfach empfohlene Anpassung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise ab, da die Durchführung dieser Forderung eine Schraube ohne Ende bedeute und zur Katastrophe führen würde. Als einziges durchgreifendes Mittel, auf die Dauer zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Valuta zu gelangen, erscheint der Kommission die Förderung der inländischen Produktion, die in erster Linie nur durch eine gesteigerte Arbeit des ganzen Volkes erreicht werden kann.

Rußlands Menschenverlust.

Nach einer statistischen Aufstellung des Chefs des statistischen Amtes bei der Regierung Reichstag verlor Rußland bei der Kriegserklärung an Toten, Verwundeten und Kranken 35 Millionen Menschen. Vor dem Kriege vermehrte sich die russische Bevölkerung im Maßstabe von 4 Geburten in der Minute, während sie sich heute um 11 bis 12 Todesfälle in der Minute vermindert.

Die Auslieferungsfälle.

London. „Daily News“ meldet: Bevor die Alliierten die Note, in der sie die Auslieferung des vormals deutschen Kaisers verlangen, an Holland richten werden, treten sie in eine informelle Verhandlung mit der niederländischen Regierung ein, um sich über deren Haltung zu vergewissern. — Laut „Telegraph“ meldet „Evening Standard“, von maßgebender Seite verlautet, daß die Rechtsberater der niederländischen Regierung bereits vor 6 Monaten ihren Standpunkt bezüglich der Auslieferung des Kaisers dargelegt haben. Der Beifall der niederländischen Regierung werde daher für empfindliche Kreise keine Überraschung sein. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die holländische Regierung gegen die Auslieferung politischer Flüchtlinge Einwände erheben werde. — Dasselbe Blatt meldet, drei deutsche hohe Offiziere, die auf der Auslieferungsliste der Entente stehen, sind über die schweizerische Grenze geflüchtet. Das Ersuchen um ihre Auslieferung werde auf dieselbe Art erfolgen müssen, wie das den Kaiser betreffende Ersuchen. England habe jedoch kein Mittel, um dem Auslieferungsersuchen nachdruck zu verleihen. Und auch der Völkerbund habe dazu kein Mittel in der Hand.

Zu den Vorgängen in Berlin

13. Berlin, 14. Januar. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, der zunächst schildert, wie gestern verbrecherische Elemente den Angriff auf die Mannschaften der Sicherheitspolizei machten und die Abwehr erzwungen. Die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher treffe furchtbare schwere Mißgunst, da sie gewußt hätten, daß die Demonstration vor dem Gebäude der Nationalversammlung ein gemeinliches Spiel mit Menschenleben gewesen sei. Der Aufruf appelliert an das Rechtsgesühl der Arbeiterschaft und fragt: Ist es recht, wenn Abgeordnete auf dem Wege zur Sitzung angehalten und belästigt werden, wenn die Volkswirtschaft unter den Druck des Terrors gestellt wird und wenn die Organe der republikanischen Staatsgewalt beschimpft, entwisst und mißhandelt werden? Schließlich werden die Arbeiter aufgefordert, sich nicht durch erlogene Darstellungen in eine neue Torheit hineinziehen zu lassen.

13. Berlin, 14. Januar. Die Zahl der bei dem gestrigen Zusammenstoß vor dem Reichstag Getöteten scheint größer zu sein, als ursprünglich angenommen wurde. Die Ausgaben der Blätter schwanken zwischen 20 und 30.

13. Berlin, 14. Januar. Wegen der gestrigen Vorgänge werden heute die Absperrungsmaßnahmen am Reichstagsgebäude besonders streng gehandhabt. Alle fünf Portale sind mit Maschinengewehren besetzt. In der Sommerstraße wurde ein großes Plakat aufgestellt mit der Aufschrift: Wer weiter geht, wird erschossen. Die Wilhelmstraße ist durch Drahtverhänge abgesperrt.

13. Berlin, 14. Januar. Bei den gestrigen Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig feststehen dürfte, 42 Tote und 105 Verletzte zu beklagen. Von den Toten befinden sich 21 im Schauspielhaus, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

13. Berlin, 14. Januar. In Berlin herrscht überall Ruhe. Die Arbeiter sind fast ausnahmslos an ihren Arbeitsstätten erschienen. Zu Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Der Pöbel. Bei den Unruhen vor dem Reichstag ist auch ein Sicherheitsbeamter getötet worden, mehrere sind verwundet. Als einer der verwundeten Sicherheitsbeamten nach der Klinik in der Spiegelstraße gebracht wurde, führten sich verschiedene Personen auf ihn und traten ihn mit Füßen.

Berlin. Der Unteramtschef Georg Rudolph von der Polizei-Abteilung Prenzlauer Tor ist Dienstag nachmittag 11.30 Uhr, als er nach Neufeld nach Hause fahren wollte, vom Pöbel aus der Elektrischen geschleppt und auf der Straße erschossen worden. Der Täter wurde verhaftet.

13. Die „Rheinische Zeitung“ entnimmt dem „Vorwärts“ eine Meldung, wonach der Kommunist Schmalz in einer sozialdemokratischen Versammlung in Braunschweig mitgeteilt hat, daß große Kundgebungen und ein Generalstreik zugunsten der russischen Räterepublik und gegen das Verfallsbrotgesetz bevorstünden. Auch wegen der Auslieferung der Schulbuben am Kriege würde es zu Unruhen kommen. Die Kommunisten würden den Kampf wahrscheinlich verlieren, aber sie würden eine Blutsaat ausstreuen für alle zukünftigen Zeiten.

13. Die „Sta von ausländischer Seite“ erzählt, ist von jetzt an auf Grund des Rheinlandsbrotgesetzes für die Bewohner des besetzten Gebiets, die im Besitz des vorgeschriebenen Personalausweises sein müssen, die Aus- und Einreise zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auf Grund dieses Personalausweises gestattet. Besonders Reichspässe bedarf es nicht mehr. Ebenfalls genügt der Personalausweis innerhalb des gesamten besetzten Gebiets, und es bedarf z. B. zur Einreise vom britisch in französisch besetztes Gebiet usw. nicht mehr der besonderen Abkempelung.

13. Berlin, 14. Januar. In den gestrigen Fraktionskämpfen der Reichstagsversammlung wurde Mitteilung gemacht, wonach die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für die abgelaufenen neun Monate des Etatsjahres 1919/20 einen Fehlbetrag von über 11½ Milliarden Mark aufwiesen.

Die Lage des Handwerks beginnt sich unter dem zunehmenden Mangel an Rohstoffen und dem fortschreitenden Rückgang unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschlechtern. Während zuerst noch Reparaturen in Auftrag gegeben wurden, werden diese jetzt infolge der hohen Preise auf überhöht eingeschränkt. Aus dieser Lage erklärt sich, daß die gewerblichen Hilfskassen, die anfänglich sehr wenig in Anspruch genommen wurden, jetzt stellenweise schon eine erhebliche und ständig wachsende Zahl von Darlehenssuchenden aufzuweisen haben.

13. Rom, 14. Januar. (Teleant.) Die Reichsnoten für die letzte nationale Anleihe erreichte gestern 10 Milliarden Lire.

Für das letzte Geleit.

Berlin. Wie die „Voll. Ztg.“ erzählt, wird die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen eine Interpellation beschließen, die von allen Parteien des Hauses unterstützt ist und die Verhältnisse und die Zukunft des besetzten Gebietes behandeln soll. Nur ein Redner, voraussichtlich der Zentrumskoordinator Spahn, soll die Interpellation, die am Freitag oder Samstag auf die Tagesordnung gesetzt wird, begründen, um die Rundgebung desto eindrucksvoller zu machen.

Der Reichskanzler über den Friedensvertrag.

13. r. i. c. h. Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Unterredung. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich im Anschluß an die Ratifikation des Friedens wie folgt:

Sie wissen, erklärte er dem Vertreter des Schweizer Blattes, welche Schwierigkeiten es gelöst hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Immer wieder kam eine neue Forderung des Verbandes, die neue Beratungen notwendig machte, immer wieder wurde der Augenblick der Ratifikation hinausgezögert, obwohl wir ein dringendes Interesse daran hatten, den Waffenstillstand durch Schaffung eines wirklichen Rechtszustandes abzuschließen. Nun ist der Friede da und damit ist wenigstens formell eine wichtige Etappe zurückgelegt. Welche Stellung wir als Volk und als Regierung einnehmen wollen, wird Ihnen bekannt sein. Wir sind entschlossen, den Verfallers Vertrag zu halten, so schwer er ist; wir wollen keine Nebenbedingung treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragraph für Paragraph des Verfallers Friedens innewohnen, und das will voller, bewusster Royalismus. Wir erwarten aber auch, daß der Verband loyal sein und zu einer Milderung des Verfallers Friedens bereit sein wird, so daß sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist. Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Verfallers Vertrag Buchstabe vor Buchstabe in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Waffenstillstand gehandhabt worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedenszustandes, sondern die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln. Ich vertraue, daß der Verband nach und nach einsehen und zugeben wird, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, die Friedensbedingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern.

Der Reichskanzler spricht dann ausführlich über die sog. Dr. Baumbachs Rheinlandskommission und sagt:

Die Entente wird selber einsehen, daß sie Milderungen einleiten lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen,

klunds. Der Verehrte, Herr Postillon Kallbrenner, erläuterte die neueste Winteroberleitung betr. Mietserhebung und bezeichnete diese als ungünstig, als einen Ausverkauf gegen den Hausbesitz. — Herr Direktor Kromer verkehrte sich über die Länge des Hausbesitzes am Dre. — Herr Stadl. Hartmann behandelte die Einigungsbestrebungen zwischen Hausbesitzer und Mieterschaft vereint. Zum Schluß gelangte folgende Entschliessung zur einstimmigen Annahme: „Die Anordnung betr. sonstige Festsetzung

Ben Dean Gilder.

Mein verehrter, geliebtes Fräulein, ich bin froh, daß Sie diese Heirath, die kleine Gabe als eine Erinnerung an die gemeinsamen verlebten Tage anzunehmen. Zugleich aber auch als ein Zeichen, daß ich Sie nicht vergessen habe und daß ich Sie der Hoffnung lebte. Sie nicht wiedersehen zu dürfen. Mein Vater wird Ihnen erzählen, welche Pläne ich hege. Ich hoffe, daß Sie mir genehm, sehr ich doch meine ganze Hoffnung darauf, Fräulein Hermann. Ich weiß nicht, ob Sie mich verzeihen — vielleicht haben Sie mich längst vergessen und Sie werden mein kleines Geschenk zurück — dann ist meine Hoffnung vergebens. Wenn Sie jedoch mein Geschenk nicht zurückweisen, dann soll es mir ein Anzeichen für mein Streben sein, das nur darauf gerichtet ist, Sie würdig zu werden und Sie glücklich zu machen.

Es liegt im eigenen Interesse der Bevölkerung diese Reihen-
folge genau einzuhaken, um eine möglichst schnelle Abwicklung der
Verteilung zu erzielen.
Hochheim a. M., den 15. Januar 1920.

Schirm-Reparaturen
Schnell und billig
Bettler, Hochheim, Wintern 2.